

FrauenSicht



Frauen fordern, dass die EU Frauenrechte endlich durchsetzt.

Frauen sollen selber über ihren Körper bestimmen

fs / 08. Nov 2018 - 343 Frauen aus Politik und Gesellschaft fordern, dass die EU zur Verletzung fundamentaler Frauenrechte nicht weiter schweigt.

Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen werde in zahlreichen EU-Ländern attackiert, heisst es im Aufruf «My Body, My Rights». Polen beispielsweise habe das Selbstbestimmungsrecht der Frauen stark beschnitten. In Italien verweigerten immer mehr Ärzte aus Gewissensgründen Abtreibungen. Und in Malta sei es nach wie vor verboten, eine Schwangerschaft abzubrechen. Wer es sich nicht leisten könne, für eine Abtreibung ins Ausland zu fahren, müsse die gesundheitlichen Risiken eines illegalen Abbruch in Kauf nehmen.

«Unerträgliches Schweigen»

Die Unterzeichnerinnen appellieren an alle nationalen Regierungen und an die EU-Kommission dafür zu sorgen, dass Frauen endlich selber über ihren Körper bestimmen können und der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in der ganzen EU für alle Frauen sicher und legal ist. Eine Politik, welche das Selbstbestimmungsrecht von Frauen beschneidet, müsse die Kommission klar verurteilen. «Die Ungleichheit beim Zugang zu Abtreibungen ist ebenso unerträglich, wie das Schweigen zur Tatsache, dass Frauen in der EU fundamentale Rechte verweigert werden.»

«Reaktionären nicht das Feld überlassen»

1971 forderten 343 Frauen mit einem Manifest, den Schwangerschaftsabbruch in Frankreich zu legalisieren. In Anlehnung an diesen Aufruf fordern die 343 Erstunterzeichnerinnen des aktuellen Manifestes, den Schwangerschaftsabbruch in der EU zu legalisieren. «Wenn wir jetzt nicht handeln und gemeinsam unsere Rechte und Werte verteidigen, wird eine reaktionäre Politik uns in die Zeit zurückbringen, als das erste Manifest geschrieben wurde. Aber wir wollen den Reaktionären nicht das Feld überlassen, die mit der Attacke auf Frauenrechte eine vermeintlich einfache Antwort auf die komplexe Globalisierung haben.» Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören grüne und linke Politikerinnen aus ganz Europa und Aktivistinnen wie die deutsche Ärztin Kristina Hänel, die kürzlich wegen illegaler Werbung für Abtreibungen verurteilt worden ist.

Online-Zugang zu Abtreibungspille

In den **USA** haben zahlreiche Bundesstaaten auf Druck fundamentaler Abtreibungsgegner in den vergangenen Jahren die Hürden für einen legalen Schwangerschaftsabbruch erhöht. Die niederländische Ärztin Rebecca Gomperts erleichtert nun Frauen den Zugang zur Abtreibungspille, wie der «Atlantic» berichtet. Seit einem halben Jahr können Frauen in den USA die Pille online bei [«Aid Access»](#) bestellen. Via Skype klärt Gomperts ab, ob eine Frau die Voraussetzungen für einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch erfüllt. Falls ja, bekommt sie die Pille zugeschickt. Laut Gomperts darf man in den USA Medikamente für den Eigengebrauch importieren. Ob der Versand der Abtreibungspille tatsächlich legal ist, will die US-Aufsichtsbehörde FDA laut «Atlantic» jetzt prüfen. In europäischen Ländern mit restriktiven Gesetzen ermöglicht Gomperts mit «Women on Web» seit einigen Jahren Frauen online den Zugang zur Abtreibungspille. Zuvor hatte sie mit der Stiftung «Women on Waves» auf einem Schiff in internationalen Gewässern Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen.